



## GEMEINDEWAHLEN 2013

# SP bei Gemeindewahlen erfolgreich

**Treten bekannte und lokal verankerte Mitglieder der SP zu Gemeindewahlen an, werden sie gewählt. Zwar nicht alle gleich in jedes Amt, wohl aber in Schulpflege und Steuerkommission und in den Gemeinde- oder Stadtrat.**

Zuallererst gratuliere ich den Gewählten und allen Unterstützer\_innen ganz herzlich zum Erfolg, und allen Kandidat\_innen sage ich herzlich Danke für den grossen Einsatz, den sie leisten und geleistet haben.

Die Erfolge auf lokaler Ebene zeigen, dass die Wählerinnen und Wähler auf kommunaler Ebene sensibilisiert sind für die vernünftige Politik unserer lokalen Mandatsträger\_innen und sie mit meist sehr guten Ergebnissen in Exekutivfunktionen wählen. Andererseits geht nicht mehr länger das Märchen mit dem Schreckgespenst der roten Revolutionäre um.

Was nun aber die Bürgerlichen und die Medien enorm aufzuschrecken scheint: «Hilfe, wir werden von der SP überrannt!» Schön wär's, mag man sich denken, oder aber: Hoffentlich ist dies bald Wirklichkeit. Doch der Reihe nach. Zuerst mal zum Aufschrecken der Bürgerlichen und ihrer Medien im Kanton.

Da werden die wildesten Thesen verbreitet

■ «Bürgerliche sind untereinander nicht mehr koalitionsfähig.» (stimmt zwar, ändert aber an den Wahlergebnissen nichts)

■ «Gutverdienende ziehen im Aargau aus den roten Städten aufs Land, die Armen bleiben und wählen natürlich die Hand, die sie füttert.» (stimmt nicht, tönt aber für einige gut)

■ «Jetzt drohen bei den linken Geldausgeber-Profis in den Städten kräftige Steuererhöhungen zu Lasten der Mittelschicht.» (was nur schon darum Blödsinn ist, weil ja immer noch die bürgerliche Mehrheit über die Budgets und Steuerfüsse in den Gemeinden entscheidet)

Also lässt sich fragen, warum die Bürgerlichen und ihre Medien auf Panik machen. Die Antwort ist einfach: Weil in einigen Gemeinden zweite Wahlgänge und im November dann die meisten Einwohnerratswahlen anstehen. Dort will man nun die Ergebnisse «korrigieren». Wenn vernünftige Argumente nicht oder nicht mehr zählen, dann wird Angst ge-

macht. Das funktioniert zuweilen auch. Jedoch merken die meisten Stimmberechtigten früher oder später, dass sie durch den Kakao gezogen wurden, und das findet bekanntlich niemand lustig.

Für den Erfolg unserer Leute gibt es mindestens so viele Ursachen oder Erklärungen wie erfolgreich Gewählte. Ein paar Dinge sind aber überall gleich: Die Gewählten sind bekannt und gut vernetzt in ihrer Gemeinde, sie betreiben eine klare Politik für alle statt für wenige. Und sie sind meist Teamplayer und nicht Einzelkämpfer\_innen. Darum geniessen sie den entsprechenden Support, auch denjenigen der Parteimitglieder. Und werden als Gesicht der SP vor Ort gewählt. So einfach ist das. Und erfreulich. Danke für Euer Engagement!



Marco Hardmeier von Aarau ist SP-Grossrat und Präsident der SP Kanton Aargau.

## EDITORIAL

### Linke Städte?

Die bürgerliche Aufregung nach dem 22. September war gross: SP-Stadtpräsidien! Und ein Grüner! Bald aber war die Welt wieder in Ordnung: Die bürgerlichen Mehrheiten waren, ausser in Baden, intakt geblieben. Und doch ist man rechts der Mitte irritiert. Und analysiert, leider ziemlich ins Blaue.

Der FDP-Aargau-Präsident meinte am Wahlsonntag, der Mittelstand sei aus den Städten ausgezogen, darum der linke Erfolg. Und die «Aargauer Zeitung» übertitelte am Samstag danach den Wochenkommentar mit «Bürgerliche Stadtfucht, linke Landfucht». Wer traditionell leben und im Grünen leben wolle «und die individuelle Freiheit hoch gewichtet», ziehe aufs Land, und wer lieber ÖV als SUV, Kultur statt Kuhglocken, Kitas und Teilzeitjobs suche, also «eher links tickt», in die Stadt. So ein Bullshit! Das war nicht Information, sondern Erklärungsnotstand. Jolanda Urech war in Aarau, Daniel Mosimann in Lenzburg, Geri Müller in Baden im Präsidium, Andrea Metzler in Brugg, Rosi Magon in Windisch und Hans Martin Plüss in Zofingen als Vize erfolgreich, weil sie in der Exekutive gute Arbeit machen. Warum aber die Stadt/Land-Erklärung? «Die grossen Medienhäuser sind alle im Besitz von Millionären.» So David Roth und Ursula Näf in «Work». Und der englische Soziologe Colin Crouch\*: «Die öffentliche Diskussion (wird) in vielen Gesellschaften von wenigen privaten Medienkonzernen dominiert, während andere Konzerne erheblichen Einfluss auf die Parteien ausüben... Unsere Hoffnung, den politischen Einfluss der Konzerne einzudämmen, liegt vor allem im Reichtum der Diversität.»

\* Colin Crouch: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin 2011, S. 211

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.



INITIATIVE «BEZAHLBARE PFLEGE FÜR ALLE» JA AM 24. NOVEMBER

# Die Spitex muss für alle erschwinglich

Am 24. November stimmen wir über die SP-Initiative «Bezahlbare Pflege zu Hause» ab. Mit dieser soll das neue Pflegegesetz sozialer werden: Die Patientenbeteiligung von 20 Prozent an den Spitex-Kosten soll beseitigt werden. Wie es ursprünglich die Regierung vorschlug, die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat aber durchkreuzte.

## Nochmals auf die Strasse für unsere Pflegeinitiative!

Ich habe bei vielen Unterschriftensammlungen mitgeholfen. Mein Fazit: nach drei bis vier Stunden Überzeugungsarbeit mit kürzeren und längeren Diskussionen – dabei oft halb durchfrenen – lautet das Ergebnis jeweils: 40 bis 80 Unterschriften. Beim Sammeln für zwei der SP-Initiativen aber gingen die Bogen weg wie heisse Weggli, und die Passantinnen und Passanten standen sogar



Schlange, um unterschreiben zu können: Die «Cleantech»-Initiative der SPS und unsere kantonale Initiative «Bezahlbare Pflege für alle» gehören für mich zu den erfolgreichsten Sammelaktionen der letzten Jahre.

Und genau so erfolgreich erhoffe und erwarte ich für die nächsten paar Wochen den Abstimmungskampf für die «Bezahlbare Pflege für alle». Denn der Inhalt dieser Initiative bewegt und betrifft viele Menschen persönlich: die Frage nach der richtigen Betreuung und Unterstützung von pflegebedürftigen Angehörigen oder einem selber und der verbreitete Wunsch, ambulant zu Hause und nicht stationär im Pflegeheim betreut zu werden. Aber wie soll das gehen mit 20 Prozent Selbstbehalt neben zusätzlichen finanziellen Belastungen? Für viele ist das unmöglich. Unsere Initiative will genau diese Ungerechtigkeit aus dem Weg räumen. Darum bitte ich Euch: Geht mit diesem Thema nochmals auf die Strasse, kommt mit den Stimmberechtigten ins Gespräch. Überzeugt sie, dass es wichtig ist, dass sie am 24. November abstimmen gehen und ein Ja in die Urne werfen!

Die Plakate sind gestellt, die Stand- und Bahnhoftaktionen organisiert, und die Flyer warten darauf, unter Stimmberechtigten zu kommen. Meldet Euch auf dem SP-Sekretariat, wenn Ihr mithelfen möchtet. Gerne unterstützen wir Euch auch, wenn Ihr eigene Aktionen plant. Seid Ihr schon im Komitee? Auf unserer Website [www.bezahlbare-pflege-ja.ch](http://www.bezahlbare-pflege-ja.ch) könnt Ihr Euch anmelden. Und schreibt Leser/innenbriefe mit persönlichem und/oder politischem Inhalt. Auch hierbei unterstützen wir Euch gerne.

Helft uns, diese Abstimmung zu gewinnen! Wir haben eine Chance, aber wir brauchen Euch dazu.

Elisabeth Burgener Brogli von Gipf-Oberfrick ist SP-Grossrätin und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau.

## Ja aus gesellschafts-, gesundheits- und finanzpolitischen Gründen!

Gesellschaftspolitisch setzt eine zusätzliche finanzielle Belastung von Pflegebedürftigen und Angehörigen ein völlig falsches Signal: Es fehlt die dringend notwendige Wertschätzung der unentgeltlich und oft bis an die Belastungsgrenze geleisteten Unterstützung durch pflegende Angehörige. Jährliche Kosten von bis zu 6000 Franken treffen die Schwächsten unserer



Gesellschaft – alte und behinderte Menschen und Menschen und Familien in finanziell angespannter Lage – am härtesten. Es zeigt sich bereits jetzt, dass gewisse Pflegeleistungen aus finanziellen Gründen nicht mehr in Anspruch genommen werden oder dass beim Mahlzeitendienst gespart wird. Nebst der finanziellen Benachteiligung drohen damit zusätzlich negative Gesundheitsfolgen. Eine solche Entwicklung ist inakzeptabel und muss verhindert werden.

Gesundheits- und finanzpolitisch geht es in einem immer komplexer werdenden Umfeld darum, die richtigen Anreize zu setzen und teure Fehlentwicklungen zu verhindern. Genau deshalb hat unser Kanton in seiner gesundheitspolitischen Gesamtplanung 2010 den Grundsatz «ambulant vor stationär» klar festgehalten. Der Verzicht auf eine Kostenbeteiligung im ambulanten Bereich stellt einen solchen Anreiz zur Bevorzugung der kostengünstigen ambulanten Pflege dar. Dies wird durch die Entlastung von teuren, stationären Pflegeeinrichtungen entgegen allen kommunalen Unkenrufen zu einer Reduktion der Gesamtkosten im Pflegebereich und damit auch zu einer finanziellen Entlastung der Gemeinden führen.

Am 24. November haben wir die einmalige Chance, ein gutes und wichtiges Pflegegesetz durch Annahme der Pflegeinitiative noch zusätzlich zu verbessern. Wir werden uns deshalb

mit vereinten Kräften für die Initiative «Bezahlbare Pflege für alle» einsetzen!

Jürg Knuchel von Aarau ist leitender Arzt am Kantonsspital Aarau und SP-Grossrat.

## Teures Sparen

Sparen soll man. Auch im Gesundheitswesen soll man sparen, denn die steigenden Krankenkassenprämien sind bald nicht mehr haltbar. Als Ärztin wie als Politikerin versuche ich, diesem Credo zu folgen. In meinem Beruf arbeiten wir präventiv, gehen mit den Ressourcen sparsam um, versichern uns über mögliche Unklarheiten, die zu Fehlbehandlungen führen könnten und so wiederum Kosten verursachen. Ich könnte noch viel aufzählen, doch kurz: Wir geben uns grösste Mühe zu sparen.

Nun habe ich seit meiner Vereidigung im Grossen Rat zum ersten Mal die Chance, auch politisch zu bewirken, dass im Gesundheitswe-



# Bezahlbare Pflege zu Hause:



# glich sein

sen gespart wird. Ich bin nämlich überzeugt, dass wir mit dem Verzicht auf die Patientenbeteiligung von 20 Prozent die Gesundheitskosten senken könnten. Denn nur so kommt «ambulant vor stationär» zum Tragen, was insgesamt zu einer Reduktion der Gesamtkosten im Pflegebereich führen wird.

Patientenbeteiligung bedeutet:

1. Es handelt sich oft um betagte Personen mit knapper Pension und AHV, die pflegerische Leistungen in Anspruch nehmen müssen und so zu Kasse gebeten werden. Wir schaffen so Anreiz, dass auch in der ambulanten Versorgung Ergänzungsleistungen beantragt werden müssen.

2. Wir schaffen zusätzliche Verwaltungskosten. Dies, weil die Spitex jeweils abzuklären hat, welche Kasse die Rechnung begleichen muss, da der Selbstbehalt nur für krankenkassenpflichtige Leistungen gilt (Invaliden-, Unfall- und Militärversicherung sind ausgeschlossen).

3. Ich befürchte, dass in Zukunft auf gewisse pflegerische Leistungen verzichtet oder zwischen Spitex und Haushaltshilfe entschieden wird. Viele Patienten und Patientinnen können oder wollen nicht mehr beide Leistungen befragen.

Fazit: Ich bin überzeugt, dass wir mit einem 20prozentigen Selbstbehalt die realen Kosten nicht senken, sondern sogar steigern. Ich bin

ebenso überzeugt, dass sich die Qualität der Versorgung älterer Menschen verschlechtert. Diese Verantwortung möchte ich als Ärztin wie als Politikerin nicht mittragen. Ich bitte Sie deshalb, unsere Initiative zu unterstützen.

**Anna Andermatt** von Wettingen ist Ärztin und SP-Grossrätin.

## «Ambulant vor stationär»

Heute zeigt die Alterspyramide im Kanton Aargau eine Birnenform, das heisst, dass weniger Kinder nachkommen, eine breite Mitte mit den 30 bis 50jährigen besteht und mehr ältere Menschen im betagten Alter sind. Die Alterspyramide wird sich gemäss der demographischen Entwicklung weiter verändern und mit mehr Hochbetagten oben breiter werden. Die Menschen mit steigender Lebenserwartung sind jedoch nicht zwangsläufig länger pflegebedürftig. Erst im späteren Alter wechselt momentan etwa jede/r Fünfte bei mittlerer bis schwerer Pflegebedürftigkeit in ein Heim.

Ältere Menschen möchten so lange wie möglich zuhause gepflegt werden. Jedoch ist dies nur möglich, wenn trotz gutem Angebot

der Spitex die Partner, Kinder oder enge Bekannte informelle Hilfe leisten. Die Versorgungskette im Alter sieht dies so vor, und es wird in unserer Gesellschaft darauf gebaut, dass die Generationen sich untereinander gegenseitig unterstützen. Dies wird aber nur begrenzt funktionieren können, wenn immer weniger Kinder nachkommen, das Leben teurer wird und ein Einkommen nicht reicht für die Versorgung einer Familie.

Ein Selbstbehalt von 20 Prozent für die Spitex-Pflege wirkt sich negativ aus für die Möglichkeit und Motivation, Angehörige zuhause zu pflegen. Oft kommen noch andere Ausgaben für Betreuung und Pflege dazu wie der tageweise Aufenthalt in einem Tageszentrum, ein Treppenlift etc., die selbst finanziert werden müssen und die in der stationären Pflege nicht anfallen. Oder ein Nachkomme muss die Erwerbstätigkeit reduzieren, mit negativen Folgen für dessen Altersvorsorge. Der Grundsatz «ambulant vor stationär» ist dann zwar schön auf dem Papier und logisch im Kopf, jedoch wenig attraktiv. Bei der Beurteilung, ob jemand das Pflegeheim wählt, spielen auch die Kosten eine wichtige Rolle. Da die Gemeinden gemäss dem geltenden Pflegegesetz einen rechten Teil der Pflegekosten bei der stationären Pflege übernehmen, kann es finanziell attraktiver sein, früher ins Heim zu gehen.

Deshalb ein überzeugtes JA zur Initiative «Bezahlbare Pflege für alle»!

**Brigitte Rüedin** von Rheinfelden ist SP-Vizeamman.

## «Ambulant vor stationär» tatsächlich ermöglichen

«Ambulant vor stationär» sei angesagt, meinten die meisten Rednerinnen und Redner im Grossen Rat. Aber als es dann darum ging, dem hehren Grundsatz Nachachtung zu verschaffen, fielen sie reihenweise um. 20 Prozent ist die rechtlich maximal mögliche Patientenbeteiligung, und mit der Einführung dieser 20 Prozent zeigt sich der Aargau wieder einmal als der maximal unsozialste Kanton. Damit haben all die Damen und Herren Gemeindeammänner, -räte oder -schreiber im kantonalen Parlament ihre Gemeindegasse einmal mehr maximal geschont. Und das zählt mehr als alle Argumente: Kein Wort davon, dass der Anreiz für Betroffene, Angehörige und Nachbarn, die die anspruchsvolle und belas-



Am 24. November 2013

[www.bezahlbare-pflege-ja.ch](http://www.bezahlbare-pflege-ja.ch)

JA zur Initiative  
„Bezahlbare Pflege für alle“

ja SP

tende Betreuung zuhause ermöglichen, durch Patientenbeteiligung reduziert wird. Sind wirklich alle Aargauerinnen und Aargauer so begütert, dass Spitexkosten bis 6000 Franken im Jahr keine Rolle spielen, wenn es um die Frage «Pflegeheim eintritt ja oder nein?» geht? Kein Wort davon, dass sich die Hälfte der pflegenden Angehörigen bis zur totalen Erschöpfung verausgabt und oft selber krank wird. Und: Belastet es ein Gemeindebudget nicht weit mehr, wenn es in der Folge zu verfrühten Heimeintritten kommt? Kein Wort davon, dass die Pa-

tientenbeteiligung volkswirtschaftlich sinnlos ist, weil die Überwälzung auf die Klientinnen und Klienten das Gesundheitswesen als Ganzes verteuert. Im einen oder andern Fall nehmen die Betroffenen die Spitex aus finanziellen Gründen später in Anspruch, reduzieren sie früher oder sistieren sie zwischenzeitlich. In der Folge sind sie in einem schlechteren gesundheitlichen Zustand, und es kann zu Komplikationen und rascheren Wiedereintritten ins Spital kommen (das belastet dann das Kantonsbudget!).

Kein Wort davon, dass besonders verletzte Bevölkerungsgruppen wie Chronisch-Kranke oder Menschen mit Migrationshintergrund, die die Spitex am dringendsten bräuchten, deren Inanspruchnahme früher oder stärker reduzieren – im Gegensatz zu risikoarmen Patienten.

«Ambulant vor stationär» tönt gut. Und lässt sich tatsächlich ermöglichen, wenn die Patientenbeteiligung gestrichen wird.

**Marie-Louise Nussbaumer Marty** von Nussbaumen ist SP-Gemeinderätin und Co-Präsidentin der SP-Grossratsfraktion.

## INITIATIVE «BEZAHLBARE PFLEGE FÜR ALLE»

# Entlastung nur ohne Patientenbeteiligung

**Mit der Revision des kantonalen Pflegegesetzes wurde neu eine Patientenbeteiligung von 20 Prozent im ambulanten Bereich eingeführt. Der Aargau nützt damit als einer der ganz wenigen Kantone den bundesrechtlichen Spielraum voll aus und belastet Pflegebedürftige mit täglich bis zu 15,95 Franken – zusätzlich zu Selbstbehalt und Franchise.**

Die Mehrkosten von jährlich bis zu 6000 Franken pro Person treffen viele Familien sowie insbesondere ältere oder chronisch kranke Menschen besonders hart. Mit einem Ja zur SP-Initiative «Bezahlbare Pflege für alle» schaffen wir die schädliche Patientenbeteiligung wieder ab – aus guten Gründen:



■ Angehörige, die ihre pflegebedürftigen Familienmitglieder zu Hause betreuen, ihnen Lebensqualität schenken und ein Stück mehr Selbstbestimmung im Alltag ermöglichen, sind eine der wichtigsten Stützen unseres Gesundheitswesens. Sie sind bereits heute enormen Belastungen ausgesetzt und riskieren häufig, sich zu überfordern und selber gesundheitlichen Schaden zu nehmen. Umso wichtiger ist die punktuelle Entlastung durch professionelle Unterstützung wie die Spitex. Die Hürde, solche Hilfe anzunehmen, wurde mit der Einführung der Patientenbeteiligung deutlich erhöht. *Unsere Initiative macht dies rückgängig; sie gibt den pflegenden Angehörigen die verdiente Wertschätzung und Entlastung, anstatt sie zusätzlich zu belasten.*

■ Auch gesundheitspolitisch geht die Patientenbeteiligung in die exakt falsche Richtung: Wenn nicht genügend bezahlbare Unterstützung für die Pflege daheim besteht, kommt ein Eintritt in ein Heim oder eine andere stationäre Einrichtung schneller und früher in Frage. Genau diese Entwicklung soll jedoch gemäss gesundheitspolitischer Gesamtplanung des Kantons Aargau verhindert werden. *Unsere Initiative stärkt den unbestrittenen*

*Grundsatz «ambulant vor stationär», anstatt ihn durch die schädliche Patientenbeteiligung zu schwächen und zu gefährden.*

■ Finanzpolitisch droht mit der Patientenbeteiligung gleich ein doppelt negativer Bumerang-Effekt: Erstens kommt die mittelfristig zu erwartende Zunahme an Spital- und Heimeintritten die öffentliche Hand deutlich teurer zu stehen als der Verzicht auf die administrativ aufwändige Patientenbeteiligung. Zweitens besteht die Gefahr, dass betroffene Familien aus Budgetgründen auf notwendige Dienstleistungen der Spitex verzichten. Die Folge sind Verschlechterungen des Gesundheitszustands und damit letztlich Mehrkosten für die Allgemeinheit.

*Unsere Initiative fördert die Pflege daheim, statt am falschen Ort zu sparen und langfristig eine massive Erhöhung der Gesundheitskosten in Kauf zu nehmen.*

Auch der Regierungsrat riet in seinem ursprünglichen Gesetzesentwurf, auf eine Patientenbeteiligung zu verzichten. Doch die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rats zwang dem Pflegegesetz diese äusserst fragwürdige «Sparmassnahme» auf dem Buckel der Schwächsten auf. Ein Fehler, den die aargauische Bevölkerung dank der SP-Initiative nun korrigieren kann.

**Pascale Bruderer Wyss** von Nussbaumen ist als SP-Ständerätin Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit.



Die Stadt Brugg und Ständerätin Pascale Bruderer Wyss laden ein zum



## 4. Apéro fédéral – REGIONAL!

am Samstag, 14. Dezember 2013, um 10.30 Uhr im Salzhaus Brugg



Pascale Bruderer Wyss berichtet von den Entscheidungen, Ereignissen und Erlebnissen während der Session und freut sich auf einen regen Austausch zu politischen Aktualitäten.

Stadtammann Daniel Moser hält ein Grusswort und lädt im Anschluss an die Veranstaltung zum Apéro, offeriert von der Stadt Brugg.

Alle Interessierten sind herzlich willkommen!



1:12-INITIATIVE

## Demokratie braucht Mut!

**Die 1:12-Initiative zeigt, dass fortschrittliche linke Politik auch von uns etwas abverlangt: Wir müssen den Mut haben, die demokratische Idee der Gerechtigkeit in unsere Gesellschaft zu tragen. Mit einem konkreten Vorschlag.**

Was hören wir nur alles über unsere 1:12-Initiative! Wie jede linke Vorlage ist sie selbstverständlich das Ende von allem. Wir wissen heute, dass die AHV nicht und die Steuereinnahmen kaum betroffen wären. Und das, ohne die positiven Folgen wie einen Kaufkraftanstieg zu berücksichtigen. Noch wichtiger aber wäre auch der Strukturwandel in der Wirtschaft: Es gäbe keine von (Eigen-)Profitgier getriebenen Manager mehr. Sie könnten sich wieder auf das konzentrieren, das wichtig ist: den langfristigen Erfolg des Unternehmens.

Wir sollten uns von der bürgerlichen Gegnerschaft nicht einschüchtern lassen. Wir sollten uns auch nicht vor den demokratischen Kräften fürchten, die wir entfalten können. «Menschen statt Millionen» ist nicht einfach eine hübsche Idee, ein Stabreim für die Propaganda. «Menschen statt Millionen» bedeutet nichts anderes als «Demokratie statt Plutokratie\*». Die 1:12-Initiative ist ein Vorschlag, der die Bevölkerung bewegt. Wir bewegen die Bevölkerung nicht mit gekauften Plakatkampagnen, sondern einzig und allein mit einer Idee. Einer Idee, die herrschende Verhältnisse in Frage stellt und gleichzeitig ganz konkret wird: Es ist die Idee der Gerechtigkeit.

Die Idee der Gerechtigkeit wird mit der 1:12-Initiative fassbar. Was ungerecht ist, erkennen wir alle leicht. Doch gerechte Verhältnisse zu definieren, fällt viel schwerer. Mit 1:12 wagen wir es zum ersten Mal, gerechte Lohn-

verhältnisse zu definieren. Das braucht Mut. Doch im Jahr 2013 brauchen wir diesen Mut – es ist allerhöchste Zeit!

Und prompt reagieren die Mutlosen, die Ängstlichen: «Umgehungsmöglichkeiten», rufen sie. «Umgehen werden die Unternehmen die 1:12-Regelung!» Und die Mutlosen werfen

sogleich den Bettel hin. Sie haben kein Vertrauen. Dass eine demokratische Mehrheit aus Bürgerinnen und Bürgern Gerechtigkeit einfordert, können sie sich nicht vorstellen. Sie glauben nicht mehr daran, dass Bürgerinnen und Bürger den Mut haben, die Idee der Demokratie zu verteidigen.

Wir aber müssen an der Seite der mutigen Bürgerinnen und Bürger stehen. Es ist schliesslich seit 125 Jahren der Mut der fortschrittlichen Linken, der die Demokratie in alle Bereiche der Gesellschaft trägt. Besonders in die Wirtschaft! Unsere Demokratie braucht unseren Mut – packen wir die Chance!

\* Plutokratie: Herrschaft des Geldes

**Florian Vock** von Gebenstorf ist Geschäftsleitungsmitglied der JUSO Schweiz.



### INTERVIEW

#### Eine JUSO-Frau für 1:12

links.ag: Leona Klopfenstein, Du arbeitest zur Zeit auf dem SP-Sekretariat für die 1:12-Initiative. Was sind Deine beruflichen



und politischen Schwerpunkte und Themen?

Leona Klopfenstein: In meinem Beruf Fachfrau Betreuung im Kinderbereich habe ich die Sparmassnahmen in Aarau und im Kanton knallhart zu spüren bekommen. Wenn plötzlich das Geld für etwas Wichtiges fehlt wie für die familienergänzende Kinderbetreuung, kann ich nicht tatenlos zusehen. Als junge Altstadtbewohnerin wünsche ich mir ausserdem mehr Freiräume für Innovation und Mut für Neues.

Was motiviert Dich, Dich für die 1:12-Initiative einzusetzen?

Das Anliegen der Initiative: Gerechtigkeit. Zudem die Menschen hinter der Kampagne, die es überhaupt möglich machen, dass die Abzocker Gänsehaut kriegen. Die Fahnenaktion der JUSO zusammen mit der SP war toll: zu sehen, wie sich unsere Genossen an zwei Tagen vor die Telefone setzten und die Mitglieder anriefen. Die Abstimmungskampagne mit Menschen statt mit Unmengen an Geld zu bestreiten, spornt mich zusätzlich an. Momentan organisiere ich die Plakatierung im Kanton und die Aktionstage in den verschiedenen Sektionen. Gemeinsam mit den Mitgliedern werde ich in den kommenden Monaten auf den Strassen Überzeugungs- und Mobilisierungsarbeit leisten.

Was ist für Dich wichtig im Leben?

Freunde, Musik, Diskussionen, Freiräume, mutig neue Wege gehen, Reisen - am liebsten mit dem Zug. Kinder, weil sie einem die Welt zeigen, wie wir Erwachsenen sie manchmal zu betrachten verlernt haben. Sich äussern zu können: Für mich ist es unvorstellbar, in einer Gesellschaft zu leben, in der man seine Anliegen nicht einbringen kann.

**Leona Klopfenstein** ist Vorstandsmitglied der JUSO Aargau. Zur Zeit arbeitet sie auf dem Sekretariat der SP Kanton Aargau für die 1:12-Initiative. Die Fragen stellte **Katharina Kerr**.

## KOMMENTAR

## Mehr als 1:12 ist ungesund

Je gerechter die Einkommen in einer Gesellschaft verteilt sind, desto gesünder und länger leben die Menschen in dieser.

Das haben die englischen Gesundheitsökonominnen Richard Wilkinson und Kate Pickett statistisch belegt\*. Richard Wilkinson, übrigens keineswegs der einzige Gleichheitsforscher mit solchen Resultaten, referierte anfangs Oktober als Gast der 1:12-Kampagne in Basel, Bern und Zürich.

Bei dieser Initiative geht es um die Frage: «Welches Lohngefälle ist fair?» Und es geht um Sozialpolitik. Im Buch zur 1:12-Abstimmung\*\* wird die Verteilungsgerechtigkeit aus statistischer, historischer, philosophischer, ökonomischer und politischer Perspektive beleuchtet. Wer sich erstmals fundiert mit der 1:12 befasst, findet darin wertvolle Grundlagen unideologisch dargestellt. Hier wird aufgeräumt mit der Behauptung, «der Markt» sei schuld an den übertriebenen Entschädigungen der Manager in der Schweiz: Hierzulande verdienen sie im internationalen Vergleich am meisten. Auch gegen die gängigen Argumente gegen die 1:12, wie dass diese umgangen werden könne oder dass Unternehmen aus der Schweiz abwandern würden, finden sich Belege. Momentan ist mit dem Gerechtigkeitsargument keine Abstimmung zu gewinnen. Gerade darum verlangt Jacqueline Badran: «Die Gerechtigkeitsperspektive muss aus dem politischen Nirgendwo herausgeholt werden.» Wer aber schon alles zum Thema zu wissen glaubt, hat über der Anekdote von der eisernen Lady sein Aha-Erlebnis, die, gefragt, was ihr grösster politischer Erfolg gewesen sei, geantwortet haben soll: «New Labour.»

\* Richard Wilkinson und Kate Pickett: Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Zweitausendeins. Berlin 2009. 369 Seiten, Fr. 46.90.

\*\*JUSO + Denknetz: Lohnverteilung und 1:12-Initiative. Gerechtigkeit und Demokratie auf dem Prüfstand. Mit Beiträgen von Urs Marti, Jacqueline Badran, Hans Baumann, Beat Ringger, Cédric Wer-muth, Tanja Walliser, Marco Kistler, Jean-Christophe Schwaab, David Gallusser, Lorenz Keller, Lea Pfäffli, Samira Marty, Florian Vock, Franziska Bender, Mattea Meyer. Edition 8. Zürich 2013, 149 Seiten, Fr. 22.–

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin links.ag.



## DIE HOLOCAUST-GEDENKSTÄTTE YAD VASHEM

## Erinnerung und Verantwortung

Anfangs September 2013 besuchten 20 Lehrpersonen und Studierende aus der Schweiz ein Seminar in Geschichtsdidaktik und Erinnerungskultur an der renommierten International School for Holocaust Studies in Yad Vashem\* in Jerusalem.

Die Initiative für diesen besonderen zehntägigen Studienaufenthalt in Israel geht zurück auf die Schweizer Hochschulen und wird unterstützt von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation. Federführend für die Organisation und das Programm war die PH Luzern. Das dicht gedrängte Programm umfasste verschiedenste Workshops und interessante Begegnungen und ermöglichte eine intensive, multiperspektivische Auseinandersetzung mit dem Holocaust und der Erinnerung an diesen.

links.ag: Stefan Dietrich, wie kamst Du auf die Idee, eine Studienreise nach Yad Vashem zu unternehmen? Wie viele Personen nahmen teil und wie wurden sie ausgewählt?

Mit dem Holocaust setze ich mich seit Jahren auseinander. Das Thema ist mir wichtig. Im November 2012 nahm ich an einem Weiterbildungsangebot zur «Shoa-Erziehung» in Auschwitz teil. Die Eindrücke, Bilder und Informationen, die ich aus Auschwitz mitnahm, beschäftigen mich bis heute. Dort hörte ich erstmals von einem geplanten Seminar in Yad Vashem und von einer Initiative in den Kanto-

nen Aargau, Solothurn, Basel-Landschaft und Basel-Stadt, einen Gedenktag zum Holocaust zu lancieren.

Die Teilnehmerzahl war auf 20 Personen begrenzt, wobei die Auswahl nach bestimmten vorgegebenen Kriterien erfolgte. Das Gros der Teilnehmenden stellten Studierende verschiedener Schweizer Hochschulen. Insgesamt nahmen fünf Lehrpersonen, darunter vier aus dem Aargau, teil.

Was war das Ziel dieser Reise? Was wurde von den Teilnehmenden erwartet?

Für das gesamte Projekt steht die Verpflichtung des «Nie wieder». Die wichtigsten Ziele der Reise waren die intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte des Holocaust und der unterschiedlichen Erinnerungskulturen in Israel und in der Schweiz. Im Fokus stand stets der einzelne Mensch, das Individuum. Es ging auch darum, die Handlungsspielräume der Menschen damals zu erkennen und zu verstehen – ohne jedoch zu verurteilen.

Angedachte Projekte waren unter anderem die Entwicklung eines Aufgabensets zu jugendlichen Opfern des Holocaust oder aber die Dokumentation eines «Gerechten unter den Völkern aus der Schweiz». Wir vier Lehrer aus dem Aargau fassten die Vorbereitung schulischer Aktivitäten für den Holocaust-Gedenktag 2014 ins Auge. Von den Teilnehmenden wurde weiter erwartet, eigene Fragestellungen zu entwickeln und nach Wegen zu suchen, wie



Fotos von Yad Vashem und Jerusalem: Stefan Dietrich

man heute im Schulunterricht, in einer Zeit, in der es kaum mehr lebende Zeitzeugen gibt, die Verbrechen der Nationalsozialisten Schülerinnen und Schülern zeitgerecht vermitteln kann und auch den Bezug zu gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen nicht aus den Augen verliert.

#### Was folgt nach dieser Reise? Welches Projekt verfolgst Du selbst?

In den nächsten Monaten arbeiten alle Teilnehmenden in verschiedenen Projektgruppen weiter. Eventuell ergibt sich innerhalb einer Projektgruppe auch eine schul- und stufenübergreifende Zusammenarbeit. Geplant ist ein regelmässiger Austausch innerhalb der jeweiligen Projektgruppen. Im Februar 2014 findet ein abschliessendes Arbeitstreffen aller Teilnehmenden statt.

Da der 27. Januar, der Internationale Holocaust-Gedenktag, im Aargau in die Ferien fällt, plane ich stattdessen, mit den Abschlussklassen im April 2014 zur KZ-Gedenkstätte Dachau zu reisen. Danach werden wir einen KZ-Überlebenden zu Gast haben, der uns über seine Erfahrungen berichten wird. Je nach Verlauf der Projektarbeit ist auch eine Präsentation der Schülerinnen und Schüler denkbar.

**Die zentrale Frage ist: «Wie konnte das geschehen?» Inwiefern unterscheidet sich der Holocaust nach Eurer Einschätzung von anderen historischen und aktuellen Völkermorden? Wie lassen sich diese Erkenntnisse in den Unterricht einbauen?**

Obwohl wir heutzutage über unzählige wissenschaftliche Arbeiten, Tausende Erinnerungen und detaillierte Informationen über die historischen Abläufe verfügen, die Frage nach dem «Wie konnte das geschehen?» können wir nicht abschliessend beantworten. Der Holocaust ist ein grundlegender Bruch in der Menschheitsgeschichte. Er stellt eine universelle Tragödie

dar. Der bewusste politische Entschluss und das Programm, die rationale bürokratische Planung, die planmässige, systematische, totale Verfolgung und industrielle Vernichtung der Juden Europas unterscheiden den Holocaust von anderen Völkermorden. Wenn der Holocaust im Unterricht thematisiert wird, dann geht es nicht um ein historisches und abgeschlossenes Ereignis. Es geht nicht nur um die Vergangenheit, sondern auch darum, Schülerinnen und Schüler in Bezug auf aktuelle Geschehnisse zu sensibilisieren.

**Wie habt Ihr Israel erlebt? Mit wem hattet Ihr Kontakt? Hattet Ihr auch Diskussionen über die aktuelle politische Lage in Israel?**

Natürlich wurde auch über die aktuelle politische Lage in Israel und im Nahen Osten diskutiert. Die spannungsgeladene Situation und die drohende militärische Intervention der USA überschatteten unsere Anreise und auch unseren Aufenthalt in Israel. Die israelische Gesellschaft haben wir, wie wir sie kennen lernen durften, als sehr vielfältig und widersprüchlich, also komplex erlebt. Von den zahlreichen interessanten Begegnungen in Israel möchte ich an dieser Stelle stellvertretend Dr. Noa McKayton, die Leiterin des Europäischen Departements in Yad Vashem, Irene Pollack, Vertreterin der Jerusalem Foundation, und den international viel beachteten Journalisten Dr. Gil Yaron, nennen. Sie alle trugen dazu bei, dass wir einen differenzierten und multiperspektivischen Blick nach Israel und den Nahen Osten mit all seinen Konflikten werfen konnten.

Der Historiker und Sekundarschullehrer **Stefan Dietrich** von Bremgarten ist Präsident der SP Bremgarten-Zufikon. Die Fragen stellte **Katharina Kerr**



## KOMMENTAR

### Sektionen stärken

Wie können kleinere Sektionen mit wenig Mitgliedern durch die Bezirkspartei unterstützt und gestärkt werden? Auf dieses Thema fokussiert die Herbsttagung der SP Bezirk Aarau, nachdem im vergangenen Jahr die Fusion aller Sektionen im Bezirk zu einer grossen Bezirkssektion gescheitert ist. An der Herbsttagung soll der Blick nun in die Zukunft gerichtet werden.



Die Tagung gliedert sich in drei Teile. In einem ersten Teil wird Nationalrat Max Chopard aufzeigen, wie er versucht, in Mellingen eine neue Sektion aufzubauen. Anschliessend berichtet Dumeng Girell di Giovanoel, Präsident der SP Bezirk Zofingen, was in Zofingen unternommen wurde, um die Sektion Rothrist wiederzubeleben.

Anschliessend wird es in drei Workshops ganz praktisch. Pascal von Arb (innov8) zeigt in einer Schulung den für die Homepage Verantwortlichen aus den Sektionen, wie das neue Tool der gemeinsamen neuen Homepage von Bezirk und Sektionen zu bedienen ist. Im zweiten Workshop zeigen Marco Giuliani, Chantal Gahlinger (ehem. Politische/r Parteisekretär/in SP AG) und Marco Hardmeier (Präsident SP AG, Grossrat) den Zusammenhang zwischen Planung und Stärkung von Sektionen auf. Im dritten Workshop unter der Leitung von Elisabeth Burgener Brogli (Grossrätin SP Laufenburg; Mitglied GL SP AG) formulieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Erwartung an die Bezirkspartei.

Zur Nachahmung empfohlen!

*Herbsttagung SP Bezirk Aarau  
Samstag, 9. November 2013 in Aarau  
Bleichemattstrasse 42  
(Klubschule Migros).  
Start 8.45 Uhr mit Kaffee und Gipfeli*

**Eva Schaffner** von Aarau ist Vizepräsidentin der SP Kanton Aargau, Mitglied im Vorstand der SP Bezirk Aarau und Einwohnerin.

## GEMEINDEKANDIDATUREN DER JUSO AARGAU

# Wahljahr für JUSO

Das Jahr der kommunalen Wahlen ist auch für die JUSO ein Wahljahr. In Brugg, Wohlen, Baden und Aarau stehen JUSOs auf der Einwohnerratswahlliste der SP. In Wohlen mit Alex Stirnemann sogar ein bisheriger Einwohnerrat, der sich für eine weitere Periode zur Verfügung stellt. Und in Widen ist Fabio Höhener seit 2012 Schulpflegerpräsident. Die JUSO zeigt damit, dass sie sich auch auf kommunaler Ebene engagiert und den politischen Alltag mitgestalten will. Während die meisten Wahlen am 24. November stattfinden, gibt es auch einige Gemeinden, in denen schon am 22. September gewählt wurde.

So in Zofingen, der einzigen Gemeinde, in der die JUSO mit einer eigenen Liste angetreten ist. Unter dem Namen «JUSO + Alternative» stellten sich fünf JUSOs und sechs Alternative – selbstverständlich mit einem linken und JUSO/SP-nahen Gedankengut – zur Wahl für den Einwohnerrat. Vier Wochen lang führten wir zu-

sammen mit der SP einen intensiven Wahlkampf. Der Aufwand zahlte sich am Wahltag aus: Zwei Sitze konnte die Liste «JUSO + Alternative» für sich gewinnen. Gewählt wurden der parteilose Matthias Hostettler und ich. Matthias ist Präsident des Ox Kulturvereins in Zofingen und daher stark im kulturellen Umfeld von Zofingen verankert. Diese zwei Sitze bedeuten einen Anteil von fünf Prozent im Zofinger Stadtparlament. Ein grosser Erfolg für uns und ein starkes Zeichen für das Vertrauen in die junge linke Liste.

Schon jetzt bereiten Matthias und ich uns für die Legislatur vor. Ein wichtiges Thema ist die Finanzpolitik von Zofingen. Zofingen stehen radikale Einsparungen in wichtigen Bereichen wie dem Sozialen oder der Kultur bevor. Wie viele Gemeinden ist auch Zofingen nicht von der bürgerlichen Sparwut verschont geblieben. Hier sind mir und Matthias die sozialen Unterstützungsangebote und die kulturellen Institutionen

ein grosses Anliegen. Ich möchte so viel wie möglich vom sozialen Gedankengut in die kommunale Politik einbringen.

Etwas muss jedoch auch noch gesagt werden: Trotz des Wahlerfolges der JUSO in Zofingen wurde die Linke in Zofingen nicht wirklich gestärkt. Denn gewonnen wurden die Sitze auf Kosten der SP. Dies ändert jedoch nichts an der guten Beziehung zwischen der SP und JUSO. Es war von Anfang an klar, dass dies passieren kann. Weil mehrere nicht mehr kandidierten, wurde auch niemand auf der SP Liste abgewählt. Die Durchmischung der beiden Listen garantiert eine spannende Legislatur in einer gemeinsamen Fraktion.



**Sascha Antenen** von Zofingen ist Präsident der JUSO Aargau, Vize-Präsident der SP Zofingen-Uerkheim-Brittinau und neu als Zofinger Einwohnerrat gewählt.

## AGENDA

5. und 19. November, 3. Dezember  
**Geschäftsleitungssitzung der SP Aargau.**

Jeweils 17.30 Uhr im Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

8. November, 19 Uhr, Amtshimmel (Rathausgasse 3, Baden)

**Podium zur 1:12-Initiative: Gemeinsam für gerechte Löhne.**

pro: Max Chopard-Acklin, Gewerkschafter und Nationalrat SP, Cédric Wermuth, Nationalrat SP, contra: Marianne Binder, Grossrätin CVP, Dr. Hans Jörg Binder, CEO und VR-Präsident Bertschi AG, Vorstand AIHK. Moderation Matthias Küng, Aargauer Zeitung. Anschliessend Apéro.

24. November

**Abstimmungen und Gemeindevahlen**

14. Dezember, 10.30 Uhr, Salzhaus, Brugg

**Apéro fédéral mit Ständerätin Pascale Bruderer Grusswort von Stadtmann Daniel Moser**

19. Dezember, 19.30 bis 21 Uhr Suppenbar Souperbe, Brugg

**Berner Suppe à la Nationalrat Max Chopard**

## ABZOCKER STOPPEN!

### PODIUM IN BADEN

8. November, 19 Uhr, Amtshimmel, Amtshaus Rathausgasse 3, Baden

**PRO: Max Chopard-Acklin**, Gewerkschafter und Nationalrat SP und **Cédric Wermuth**, Nationalrat SP

**KONTRA: Marianne Binder**, Grossrätin CVP und **Dr. Hans Jörg Binder**, CEO und VR-Präsident Bertschi AG, Vorstand AIHK

Moderation: **Mathias Küng**, Aargauer Zeitung

Anschliessend sind Sie zu einem Apéro eingeladen

### GEMEINSAM FÜR GERECHTE LÖHNE

## ABSTIMMUNG VOM 24. NOVEMBER

### Parolen der SP Aargau

### EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

Volksinitiative «1:12 - für gerechte Löhne» JA

Volksinitiative «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen» NEIN

Änderung des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen STIMMFREIGABE

### KANTONALE VORLAGE

Volksinitiative der SP Kanton Aargau «Bezahlbare Pflege für alle» JA

## 20. Berner-Suppe à la Nationalrat Max Chopard-Acklin



Donnerstag 19. Dezember 2013  
19.30 bis 21.00 Uhr

Suppenbar souperbe  
5200 Brugg

### Bericht von der Wintersession

mit offerierter Suppe

Es lädt ein:  
SP Bezirk Brugg

## IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43  
Postfach, 5001 Aarau  
Tel. 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75  
sekretariat(at)sp-aargau.ch  
www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr  
Auflage links.ag: 3255 Expl.

Redaktion: Katharina Kerr  
katkerr(at)katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe  
14. Oktober 2013  
Redaktionsschluss nächste Ausgabe  
25. November 2013  
Erscheinen nächste Ausgabe  
13. Dezember 2013

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:  
Anna Andermatt, Sascha Antenen, Pascale Bruderer Wyss, Elisabeth Burgener Brogli, Stefan Dietrich, Marco Hardmeier, Katharina Kerr, Leona Klopfenstein, Jürg Knuchel, Marie-Louise Nussbaumer, Brigitte Rüedin, Eva Schaffner, Florian Vock.